

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr.: 11/06

MBI-Geschäftsstelle
Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Sammelklage gegen die überhöhten medl-Gaspreise!

Der Mülheimer Gasversorger medl (51% Stadt, 49% RWE) hat innerhalb von nur 2 Jahren die Gaspreise um 55% erhöht

Die medl wurde Mitte August in einem Brief aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben zu einer möglichen Sammelklage, u.a. zur Frage, ob sie eine Musterklage akzeptieren würde. (nachzulesen unter <http://www.mbi-mh.de/SammelklageMedl.pdf>) Eine Antwort der medl steht nach inzwischen fast 3 Monaten immer noch aus.

Bei einem sehr gut besuchten Treffen am 9. Nov. wurden mit der Anwältin noch einmal die verschiedenen Aspekte des Für und Wider einer Sammelklage gegen den Gasversorger besprochen. Alle waren sich schließlich einig, ähnlich wie in vielen anderen Städten jetzt auch in Mülheim eine gerichtliche Klärung zu beantragen, da es keine Anzeichen gibt, dass die medl von sich aus an einer Aufklärung interessiert ist. **Es sei auch daran erinnert, dass die Landeskartellbehörde die medl bereits im vergangenen März wegen überhöhter Preise auch im Landesvergleich als „preisauffällig“ bewertet hatte. Die daraufhin durchgeführte „Preissenkung“ von 0,1 Cent/kWh für die verbrauchsarmen Monate ab 1. Juli kann man nur als Augenschere ansehen.**

gaspreise-**runter**-mh
Bürger Initiative

Bereits über 60 Klagewillige gaben Frau Rechtsanwältin Holling aus Düsseldorf Vollmacht und Unterlagen für eine Sammelklage gegen die medl wegen der überhöhten Gaspreise. Weitere werden noch folgen, so dass die Anwältin jetzt die Klage vorbereiten kann. Weitere Informationen über MBI-Geschäftsstelle, Kohlenkamp 1, Tel.: 3899810

Heißer Herbst zu Kindergartengebühren?!

Trotz der drastischen Erhöhung der KiGa-Gebühren haben sich die Einnahmen der Stadt kaum erhöht. Kulturdezernent und Honorarprof. Vermeulen hatte an Halloween zum Elternforum über die Kindergartengebühren geladen. Die Frage, wie er das verbliebene Finanzloch von 1 Mio Euro stopfen will, wollte und konnte er nicht beantworten. Viele Eltern fühlen sich verschaukelt. Das Elternnetzwerk hat Anfang Nov. 7300 Unterschriften für einen sogenannten „Einwohnerantrag“ abgegeben. Ziel des Antrages ist, dass der Rat der Stadt Mülheim die Erhöhung vom Sommer wieder zurücknimmt. Die Unterschriften werden jetzt geprüft und bei 6800 gültigen muss der Rat sich mit dem Einwohnerantrag befassen und darüber abstimmen.

Wülheim mit Ruhr

Berti Buddel is back, aber planlos

Chaos all over the City:

Gracht, Mühlenbergkreuzung, Leineweberstr., Friedrich-Ebert-Str.,
Friedrichstr., Duisburger Str., Straßburger Allee, Bahnstr., Nodbrü

INHALT

- Sammelklage gegen die überhöhten Gaspreise.....S. 1
- Heißer Herbst zu Kindergartengebühren?!.....S. 1
- Gedanken zur Krise der Mölm'schen DemokratieS. 2
- Die peinliche Schulleiterwahl Berufsschulzentrum.....S.2
- Air Berlin-Flugschule am Flughafen? Einstieg in die Düse? Flugschulen in dünner besiedelte Gebiete!.....S. 3
- Schulhofverkleinerung für fehlende Parkplätze?!.....S. 3
- Heimaterde darf keine Spekulantenerde bleiben!.....S. 4

„Die Weimarer Republik ist nicht an zu vielen Nazis zugrunde gegangen, sondern an zu wenigen Demokraten.“ (ex-Bundespräsident R. von Weizsäcker)



Gedanken zur Krise der Demokratie, speziell auch in Mülheim

Am 3. Nov. war Feierstunde zum 60. Jahrestag der ersten freien NRW-Kommunalwahlen nach dem Krieg im Mülheimer Ratssaal. Frau OB Mühlenfeld nannte die 60 Jahre Demokratie eine Erfolgsgeschichte und mahnte dann an, die Demokratie zu verteidigen auch vor dem Hintergrund, dass tags zuvor folgende bedenkliche Meldung über den Ticker ging:

“Erstmals ist die Mehrheit der Deutschen einer ARD-Umfrage zufolge nicht mehr zufrieden mit der Demokratie. Der Glaube an die Gerechtigkeit des Systems schwindet. Trotz besserer wirtschaftlicher Rahmendaten sei die gesellschaftliche Stimmung

auf dem Tiefpunkt.. Zufrieden mit den demokratischen Abläufen äußerten sich nur noch 49 Prozent der Befragten. Das seien elf Prozent weniger als Sept. 2005 und der niedrigste je in Deutschland gemessene Wert“ (Spiegel)

Die OB nannte verschiedene Gründe und Ursachen für die Demokratiekrise, vergaß aber, sich auch an die eigene Nase zu fassen. Die undemokratische Ausschussbildung in Mißachtung des Wählerwillens, die bewusst falsche Behandlung des KiGa-Gebührenantrages in der Sondersitzung im Juli, die Nicht-Behandlung der Schulleiterfehlerscheidung zur Kluse, der dauernde Versuch, am Flughafen die Düse auch gegen Ratsmehrheiten einzuführen, das Verschaukeln des Bürgerbegehrens zu den Ostruhranlagen, der Versuch, die teure Straßensanierung Semmelweisstr. selbst gegen demokratische Beschlüsse durchzupauken, die Abzocke bei Gas- und Abwasser, begleitet vom Wegschauen der Politiker u.v.m. sind nur einige Beispiele aus der letzten Zeit in Mülheim, bei denen die Bürger sich nicht vertreten fühlten und das Vertrauen in die Demokratie deutlich erschüttert wurde! Die Demokratie ist nur dann ein Wert für sich, wenn sie auch ernst genommen wird, d.h. wenn die Interessen der Wähler in den Jahren zwischen Wahlen von den Gewählten auch vertreten werden!

Es war auch traurig oder vielleicht bezeichnend, dass von den noch lebenden OB's just Frau Güllenstern und Herr Baganz nicht mit feierten. Deren Wirken war schließlich nicht nur demokratiefördernd! Ebenso bedenkenswert ist die Tatsache, dass die 60-Jahr-Feier als geschlossene Gesellschaft von aktuellen und ausgewählten ehemaligen Stadtverordneten durchgeführt wurde.

Warum die Verdrossenheit über die real existierende Demokratie so groß ist: Die peinliche Geschichte mit der Schulleiterwahl für das Berufsschulzentrum

Ab diesem Schuljahr werden nach neuem Schulgesetz NRW die Schulleiter nur noch von der jeweiligen Schulkonferenz gewählt. Die Stadt als Schulträger hat nur noch ein Vetorecht.

Der neue Schulleiter für das Berufsschulzentrum Kluse wurde im Sept. aber noch nach vergangenen Regeln vom Schulausschuss gewählt. Die Schulkonferenz des Berufskollegs hatte sich einstimmig mit 18:0 für einen Kandidaten ausgesprochen, doch der Schulausschuss wählte in geheimer Abstimmung den anderen. Bereits nach altem Schulgesetz war eine „angemessene Würdigung“ des Schulkonferenzvotums vorgeschrieben, weshalb der RP zuvor bei der Schulleiterwahl Karl-Ziegler Gymnasium die Schulausschussentscheidung aufgehoben hatte. Lehrer, Schüler, Eltern des Berufskollegs machten sehr deutlich, dass sie mit guten Gründen die Entscheidung des Schulausschusses nicht nachvollziehen konnten.

Der Rat der Stadt hätte die Entscheidung ändern können, doch die OB verhinderte mit unzulässiger Begründung die Behandlung des entsprechenden MBI-Antrags. Deshalb schickten die MBI am 25.9. einen Beschwerdebrief an NRW-Schulministerin Sommer als oberste Schul- und Dienstaufsicht mit der dringenden Bitte, sich der Sache unverzüglich anzunehmen und eine verträgliche Lösung zu finden. Von dort kam bis heute keine Reaktion. Ein erneuter Erinnerungsbrief an die Schulministerin wurde nun von der Mittelbehörde des RP lapidar beantwortet: „... vermag ich Ihrer Bitte nicht nachzukommen ... weshalb ich dem Beschluss des Schulausschusses folgen und Herrn Jörg Brodka zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Schulleitung beauftragen werde...“ Der Brief, datiert 24. Okt., kam am 6. Nov., der neue SL ist seit 1. Nov. im Dienst!

Fazit: Die Betroffenen fühlen sich nicht nur übergangen, sondern auch noch ver...

Flugschule von Air Berlin am Flughafen Essen-Mülheim?

Einstieg eines Billigfliegers in die gescheiterte Düse? MBI fordern Verlagerung aller Flugschulen in dünner besiedelte Gebiete



In den letzten Jahren gab es mehrere Abstürze und Unfälle von Flugschülern des Essen/Mülheimer Luftlandeplatzes. Nur mit großem Glück gingen diese bisher relativ glimpflich aus. Deshalb besteht auch seit langem die Forderung, die Flugschulen aus dem dicht besiedelten Umfeld unseres Flughafens zu verlagern auf Landeplätze außerhalb des Ballungsgebietes. Mehrfach wurde versprochen, dies zu veranlassen, z.B. im Gegenzug zur Einführung von Düsenflügen.

Jetzt droht laut WAZ aber eine Ausweitung der Flugschulen mit Air Berlin. Selbst wenn der Billigflieger keine anderen Ambitionen hätte, sind seine geplanten Aktivitäten auf den Ruhrhöhen kritisch zu sehen.

Trotz intensivster Bemühungen des Flughafen-Geschäftsführers Eismann stellte sich bisher keine nennenswerte Nachfrage nach Geschäftsflügen per Düse ein, von der fehlenden Zulassung ganz zu schweigen. Das gescheiterte Flughafen-Konzept von Herrn Eismann darf auch über eine Hintertür mit Air Berlin oder einem anderen Billigflieger nicht künstlich belebt werden.

Gerade weil der Fluglärm über Mülheim durch den Flughafen Düsseldorf sich noch verstärkt hat, darf eine weitere Steigerung des Fluglärms durch Erweiterung der Aktivitäten des Essen/Mülheimer Landeplatzes nicht hingenommen werden. Was Flugschulen betrifft, muss zudem aus Sicherheitsgründen endlich eine Verlagerung in dünner besiedelte Gebiete stattfinden.

In lärmbelasteten Gebieten wie z.B. Heißen, Holthausen, Mintard, Saarn usw. muss es darum gehen, wie der Fluglärm endlich reduziert werden kann, nicht darum, wie die Flugaktivitäten auf unserem kleinen Landeplatz zusätzlich gesteigert werden können.

Man glaubt es kaum:

Schulhofverkleinerung für fehlende Parkplätze Bürgeramt!!

Das neue Bürgeramt, Löhstr. 22-26 ehemals Möbel Nohlen, wurde feierlich eröffnet. Was aber vorher nicht geklärt wurde, ist das zugehörige Parkkonzept für die ca. 300/350 Besucher täglich. Nun soll der wilde Parkplatz zwischen den Bahnbögen und der Grundschule Zunftmeisterstraße um ca. 300 qm des angrenzenden Schulhofs bzw. Spielfläche des Kindergartens vergrößert werden, um so dem neuen Bürgeramt mehr Parkplätze zu ermöglichen.

Unabhängig von der Frage, warum die vorgeschriebene Stellplatzverpflichtung nicht vor Anmietung des Gebäudes auf 25 Jahre geklärt wurde, kann man kaum glauben, dass es keine andere Möglichkeit geben sollte, als Kindern Schulhof und Spielfläche zu verringern, ganz abgesehen von der vorgesehenen Fällung der Bäume und Sträucher in der hoch versiegelten Innenstadt.

Laut Stellplatzverordnung müssen Stellplätze oder Garagen nachgewiesen werden. Ist das nicht möglich, muss 3620 Euro pro fehlendem Parkplatz gezahlt werden. Warum brauchten die Vermieter des Bürgeramts (Heßeling, Hoffmeister, Mangen & Pogge) das nicht? Warum bauten sie kein Parkhaus oder mieteten Plätze in der Tiefgarage?

In der Bezirksvertretung am Tag vor Eröffnung des Bürgeramts stimmten SPD, CDU und FDP für die Schulhofparkplätze! Unglaublich!

Auch für das zukünftige „technische Rathaus“ im SWB-Turm wurde bisher keine Parkkonzept vorgelegt.



Die ehemalige Krupp'sche
Arbeitersiedlung Heimaterde

Heimaterde darf nicht Spekulantenerde bleiben!



Die Heimaterde ist eine der größten und schönsten Krupp-Siedlungen, laut Prof. Günter eine „Gartenstadt vom Feinsten“. Bei der großen Bürgerversammlung im Jahre 2000 erklärten die Thyssen-Krupp-Vertreter, dass sie ihre Heimaterde-Wohnungen in ca. 5 Jahren insgesamt verkaufen wollten. Nicht nur für die MBI war schon damals klar, dass deshalb vorher noch möglichst viele der Gartenflächen zu Bauland umgewidmet werden sollten. Die MBI stellten deshalb Anfang 2001 zum 1. Mal den Antrag, gestützt auf ein Gutachten von Prof. R. Günter, den Charakter der Heimaterde und ihre soziale Struktur durch Denkmalschutzstatus zu schützen. Leider stimmten alle anderen Ratsparteien damals gegen den Antrag.

Im Sommer 2003 gab der Landeskonservator auf Antrag der Bürgerinitiative „Historische Gartens t a d t Heimaterde“ seine Empfehlung für Denkmalschutz ab. Den zugehörigen MBI- Antrag stimmten aber alle anderen nieder, obwohl alle Parteien im OB-Wahlkampf 6 Monate zuvor den Bewohnern der Heimaterde Denkmalschutz und keine weitere Verdichtung fest versprochen hatten! So wurde der Denkmalschutz erneut um viele Monate verschleppt und Thyssen-Krupp stellte weitere Bauanträge. Ein unehrliches Spiel wurde auch bei den Baugenehmigungen am Schul- und Fußweg „Zwischen den Gärten“ gespielt. Waren auch Grüne und danach die SPD vor den Wahlen „eindeutig“ dagegen, wurde nur eine Woche nach den Kommunalwahlen Sept. 2004 mit Baumfällung und Bau begonnen.

Die MBI forderten 2004 zusammen mit Heimaterde-Mietern, der MWB (Mülheimer Wohnungsbau) solle die Thyssen-Krupp-Wohnungen in der Heimaterde kaufen, noch bevor der Gesamtverkauf anstand. MWB-Geschäftsführer und SPD-Chef Esser winkte ab und die Aufsichtsratsvorsitzende, Frau OB Mühlenfeld, verhinderte mit rüden Verfahrenstricks eine Abstimmung über den entsprechenden MBI-Antrag im Rat der Stadt.

Thyssen-Krupp verkaufte dann zu Beginn 2005 seinen gesamten Wohnungsbestand für 2,1 Mrd. Euro an die amerikanische Bank Morgan-Stanley. Thyssen-Krupp-Immobilien wurde in Immeo umbenannt und die begannen in der 2. Jahreshälfte 2005 mit aggressiven Verkaufsbemühungen. Mit der Brechstange und straßenweise wurden die 1- und 2-Familienhäuser angeboten. Die Altmieten der ehemaligen Krupp'schen Werkssiedlung wurden unter enormen Druck gesetzt. Gleichzeitig wurden die Mieten erhöht.



Nach weniger als 2 Jahren verkaufte jetzt Morgan-Stanley den gesamten Wohnungsbestand von ex-Thyssen-Krupp für ebenfalls 2,1 Mrd. Euro weiter. 40.000 Einheiten gehen an die börsennotierte französische FDL. Verkäufe von 8 000 der ehemals 48.000 Wohnungen sorgten für einen kräftigen Gewinn der US-Investoren.

Die Verkäufe bedrohen die Heimaterde und ihre Bewohner in erheblichem Maße. Die gewachsene Sozialstruktur wird Stück für Stück zerstört und die verbliebenen Mieter fürchten um ihre Zukunft. Um zu verhindern, dass weder die Heimaterde, noch andere ehemalige Thyssen- oder Krupp-Werkssiedlungen wie Mellinghofer Str. oder Auf dem Bruch immer mehr zu reinen Spekulationsobjekten werden, fordern die MBI deshalb:

- Vertraglich garantierter Bestandsschutz für alle bestehenden Mietverhältnisse, mindestens aber genereller Kündigungsschutz für langjährige Mieter über 60 Jahre und eine "Sozialcharta", wie sie den Mietern der ebenfalls verkauften Gagfah mehr Sicherheit bietet, d.h. vertraglich vereinbarter Kündigungsschutz von 10 Jahren für alle Mieter bei Wohnungsverkauf und Begrenzung von Mieterhöhungen auf maximal 1,5% jährlich!
- Keine weitere Verdichtung der Bebauung und Aufhebung der Ziele der B-Pläne F 11 und F 12
- Aufnahme von Verhandlungen des MWB, ggfs. auch SWB, zur Übernahme der Immeo-Wohnungen auf Mülheimer Stadtgebiet, zumindest aber der gesamten Mietwohnungen in der Heimaterde

"Sicheres Wohnen statt Wohnungsmonopoly ! Heuschrecken haut ab....."

Große Mieter-Demonstration in Essen am Samstag, 2. Dezember

12.00 Uhr, Auftakt Frohnhauser Markt, E-Frohnhausen, anschl. Demo ins Zentrum (Kopstadtplatz).
Mieter der großen Wohnungsgesellschaften von Immeo, Gagfah, LEG, Annington und THS